

Städte sehen die Demokratie in Gefahr

Finanzen – Kommunen befinden sich nach eigener Einschätzung in der schwersten Krise seit Gründung der Bundesrepublik – „Die gewählten Ratsmitglieder haben nichts mehr zu entscheiden“

BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sieht wegen der Finanznot der Kommunen die lokale Demokratie in Gefahr. Wegen der Haushaltslage könnten Städte und Gemeinden nur noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen, sagte der Präsident der Vereinigung, Roland Schäfer, am Dienstag in Berlin. Viele überschuldete Gemeinden stünden unter der Aufsicht von Behörden. „Die gewählten Ratsmitglieder haben nichts mehr zu entscheiden“, fügte Schäfer hinzu, der auch Bürgermeister von

Bergkamen in Nordrhein-Westfalen ist. „Das ist das Ende von lokaler Demokratie, wenn man überhaupt keine Spielräume mehr hat“, sagte er.

Die deutschen Kommunen befinden sich nach Einschätzung des Gemeindebundes in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik. Zwischen Einnahmen und Ausgaben klaffe ein Haushaltsloch von elf Milliarden Euro. „Der wirtschaftliche Aufschwung kommt in den Kassen der Kommunen nicht an“, sagte Schäfer.

Allein die Sozialausgaben belasteten die kommunalen Haushalte in diesem Jahr mit über 41 Milliarden Euro, sagte der Städtebund-Präsident weiter. Vor zehn Jahren seien es noch 26 Milliarden Euro gewesen. Diese Entwicklung dränge die Kommunen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit. Immer mehr Bürger bekommen dies zu spüren. Schlaglöcher werden nicht repariert, Schulen und öffentliche Gebäude verfallen. Auch der gesetzlich festgeschriebene Ausbau der Kinderbetreuung ist

nach Ansicht des Städtebundes gefährdet.

Grundsätzlich offen zeigte sich Schäfer für den Vorschlag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die Kommunen selbst die Höhe der Einkommensteuer festlegen zu lassen. Zwar müsse die Gewerbesteuer als Einnahmequelle der Kommunen erhalten bleiben und sollte auf die freien Berufe ausgedehnt werden, sagte er. Aber als zusätzliche Maßnahme sei es denkbar, bestimmte Projekte wie etwa Schwimmbäder

über einen Zuschlag auf die Einkommensteuer zu finanzieren.

In diesem Zusammenhang verwies der Städtebund auf das Ergebnis einer Forsa-Umfrage, in der die meisten Bürger die Erhöhung der Steuern ihrer Behörden nicht wünschen. 77 Prozent der Befragten forderten, die Einkommensteuer zu senken. 77 Prozent forderten, die Einkommensteuer zu erhöhen. 77 Prozent forderten, die Einkommensteuer zu senken. 77 Prozent forderten, die Einkommensteuer zu erhöhen.